

## Protest gegen Verlegung des Hochschulressorts

In Magdeburg haben Studenten gegen die Pläne von CDU und SPD demonstriert, die Hochschulen in die Zuständigkeit des Wirtschaftsressorts zu verlegen. Die Studenten befürchten, dass die Unabhängigkeit der Forschung unter die Räder kommt. Bei ihren Koalitionsgesprächen haben sich CDU und SPD am Montag auf einen Kompromiss in der Sozialpolitik verständigt.



Die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und SPD in Sachsen-Anhalt werden von Protesten begleitet. Dutzende Studenten und Gewerkschafter demonstrierten am Montag vor dem Landtag in Magdeburg gegen die geplante Verlagerung der Zuständigkeit für die Hochschulen ins Wirtschaftsministerium. Zu dem Protest hatte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) aufgerufen.

### Angst um Unabhängigkeit der Forschung

Die GEW warnte davor, dass die Studienqualität durch eine Verlegung des Wissenschaftsbereichs leiden könnte. "Wir sind erschrocken über die Unverblümtheit, mit der an dieser Stelle Bildung und Wissenschaft den Interessen der Wirtschaft untergeordnet werden sollen", hieß es in dem Aufruf zu der Protestaktion. Zudem zeuge das Geschacher um Ministerkompetenzen hinter verschlossenen Türen ohne vorherige Gespräche mit den direkt Betroffenen von einem Demokratiedefizit.

Die CDU-Verhandlungsführerin im Bereich Bildung, Kultusministerin Birgitta Wolff, sagte, ein Vorteil der Verlagerung wäre, dass Ressourcen aus der Wirtschaft besser in die Wissenschaft eingebunden werden könnten. Allerdings sei die Umstrukturierung in den Verhandlungen noch gar kein Thema gewesen und sie selbst habe sich noch nicht auf eine Änderung des Ressortzuschnitts festgelegt.

### Kritik auch von Linken und Grünen

Neben der GEW haben sich auch die Studentenvertretung der Universität Magdeburg sowie die Linken und die Grünen dagegen ausgesprochen, die Zuständigkeit für die Hochschulen zu ändern. Linksfraktionschef Wulf Gallert sprach von erheblichen Gefahren für den Fall, dass die Wissenschaft verstärkt unter Kuratel der Wirtschaft gestellt werde. Dann würden die Hochschulen nur noch schnell vermarktbareren Forschungsergebnissen hinterher hecheln und auch die Grundlagenforschung sei bedroht.

## **Kompromiss in der Sozialpolitik**

Bei ihren Koalitionsverhandlungen haben sich CDU und SPD am Montag auf einen Kompromiss in der Sozialpolitik verständigt. Beide Seiten wollen einen allgemeinen Ganztagesanspruch für die Betreuung von Kleinkindern ab 2013 durchsetzen. SPD-Verhandlungsführer Norbert Bischoff sagte, der Anspruch solle künftig auch dann gelten, wenn ein Elternteil arbeitslos ist. Darauf hätte seine Partei gedrungen. Die CDU setzte nach eigenen Angaben durch, dass das letzte Jahr im Kindergarten für die Eltern kostenlos sein soll. Außerdem hätten beide Parteien sich darauf verständigt, die Sportförderung zu verbessern.

CDU und SPD verhandeln seit vergangendem Mittwoch über eine Neuauflage der schwarz-roten Koalition. In acht Arbeitsgruppen wollen sich Vertreter beider Parteien auf die inhaltlichen Schwerpunkte der neuen Landesregierung verständigen. Am Mittwoch soll sich der Koalitionsausschuss treffen, um eine Zwischenbilanz der bisherigen Verhandlungen zu ziehen.

Zuletzt aktualisiert: 04. April 2011, 18:56 Uhr